

**Zeitschrift:** Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO  
**Herausgeber:** Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe, SKOS  
**Band:** 99 (2002)  
**Heft:** 10

**Artikel:** Nachlese zu den Abstimmungen vom September 2002  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-840361>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 16.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

nur eine Anstossfinanzierung», zitierte die sda SODK-Präsidentin Ruth Lüthi.

Ferner hat die Konferenz den Text der neuen Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) genehmigt und damit das Beitrittsverfahren der Kantone eröffnet. Die Vereinbarung bilde einen wichtigen Bestandteil des Neuen Finanzausgleiches, hält die SODK fest. Die Vereinbarung

garantiert unter anderem die Kostenabgeltung bei ausserkantonalen Platzierungen von Kindern, Jugendlichen, erwachsenen Behinderten und Suchtkranken in Institutionen. Sie betrifft über 1'200 Heime und Einrichtungen in der ganzen Schweiz mit einem Finanzvolumen von mehr als 3 Milliarden Franken jährlich. (Die ZeSo wird auf die IVSE zurückkommen.) *gem/pd*

## Nachlese zu den Abstimmungen vom September 2002

**Bund, Solidaritätsstiftung:** Bei einer Stimmbeteiligung von gut 44 Prozent haben 52,4 Prozent der Stimmberechtigten die Gold-Initiative der SVP abgelehnt; der Gegenvorschlag «Solidaritätsstiftung» des Bundesrates wurde mit 51,8 Prozent Nein-Stimmen ebenfalls verworfen. Wie geht es nun weiter mit den nicht mehr benötigten Währungsreserven der Nationalbank? «Was ich vorausgesehen habe, ist eingetroffen», antwortete Bundespräsident Kaspar Villiger am Abstimmungssonntag, 23. September, dem «Tages-Anzeiger». «Schon am Abstimmungsabend liegen zahlreiche Vorschläge für einen zweiten Anlauf auf dem Tisch, die nicht auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen sind. Der Bundesrat wird jetzt die verschiedenen politischen Möglichkeiten sorgfältig abklären und zur gegebenen Zeit Vorschläge machen.» Zum Zeitpunkt wollte sich Villiger nicht konkret äussern und erinnerte daran, dass an den jetzt abgelehnten Vorschlägen «sechs Jahre lang gearbeitet» worden sei. «Es geht darum», so Villiger, «etwas vorzuschlagen, das mehrheitsfähig ist. Das wird nicht einfach sein.» Laut einer Zu-

sammenstellung des «TA» unter dem Titel «Die grosse Uneinigkeit» will die FDP zwei Drittel aus dem Verkauf der ehemaligen Goldreserven den Kantonen zur Verfügung stellen, ein Drittel soll der Bund zur Bezahlung von Schulden einsetzen. Die CVP möchte den Kantonen «mindestens» ein Drittel zukommen lassen, ein «angemessener Anteil» soll für die Schuldentilgung eingesetzt und so Spielraum geschaffen werden für familienpolitische Projekte. Die mit ihrer Initiative unterlegene SVP reklamiert zwei Drittel für die AHV, ein Drittel für die Kantone. Die SP will die gesamten Erträge einsetzen für die «Förderung wirtschaftlicher Innovation», und zwar für neue Unternehmen, Bildungs- und Forschungsvorhaben. Der Gewerkschaftsbund seinerseits will einen Teil der AHV zukommen lassen. Bis ein neues Konzept zur Verteilung der Erträge genehmigt ist, so der «TA», bleibt alles wie bisher: Die Erträge fliesen in die Erfolgsrechnung der Nationalbank.

**Graubünden, Bildungszentrum:** Die Stimmberechtigten genehmigten das Gesetz über Ausbildungsstätten im Ge-

sundheits- und Sozialwesen: Damit werden die Ausbildungsangebote im Gesundheits- und Sozialwesen koordiniert und vier Schulen in Chur und Cazis in ein neues Bildungszentrum überführt.

**Waadt, neue Verfassung:** Die von den Stimmberechtigten mit 87'099 Ja- gegen 68'775 Nein-Stimmen genehmigte neue Waadtländer Verfassung führt unter anderem das Stimmrecht für AusländerInnen auf Gemeindeebene ein und sieht eine kantonale Mutterschaftsversicherung vor.

**Aargau, Einbürgerungen:** Zum zweitenmal innerhalb von fünf Jahren haben es die Stimmberechtigten abgelehnt, bei Einbürgerungen die obligatorische Urnenabstimmung einzuführen. Die Volksinitiative der Schweizer Demokra-

ten wurde mit 87'580 Nein- gegen 55'471 Ja-Stimmen verworfen. Während 1997 noch 72 Prozent der Stimmenden dagegen waren, betrug die Ablehnung im September noch 61 Prozent; laut «Tages-Anzeiger» fand die Initiative in «etlichen Gemeinden» knappe Zustimmung. Über Einbürgerungen entscheidet im Aargau die Gemeindeversammlung oder das Gemeindeparlament.

**Stadt Zürich, Schulsozialarbeit:** Gut 70 Prozent der Stimmenden sagten Ja zum wiederkehrenden Kredit von 3 Millionen Franken für den Ausbau und die definitive Einführung der Schulsozialarbeit. Im Endausbau, 2006, kann damit in 40 der 125 städtischen Schulhäusern eine Sozialarbeiterin oder ein Sozialarbeiter wirken.

*Zusammenstellung: gem (TA, Agenturen)*

## Stadt Zürich: Kurse zum Schutz von Sozialarbeitenden

Das Zürcher Sozialdepartement verstärkt die Ausbildung im Bereich Gewaltprävention. Dies vermeldete der «Tages-Anzeiger» Ende August mit Bezug auf das interne Mitteilungsblatt «Isidora». Demnach können sich MitarbeiterInnen aller Dienstabteilungen zu zweitägigen Kursen unter dem Titel «Umgang mit gewalttätigen Klienten» anmelden. Anhand von Beispielen aus dem Alltag lernen sie laut Kursleiter Thomas Brändle, wie sie sich in Konfliktsituationen und unter akuter Bedrohung am besten verhalten. Bespro-

chen würden zudem Themen wie Gewaltprävention, aggressionsfördernde Faktoren, Theorien zur Gewalt sowie die Verarbeitung von Gewalterlebnissen im Team. Verbale Drohungen sollte man immer ernst nehmen, zitiert der «TA» Kursleiter Brändle. «Sofort darauf zu sprechen kommen, nicht einfach darüber hinweggehen.» (Vgl. «Gewalt gegen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter», Schwerpunkt in ZeSo 7/2002.) Die Kurse des Sozialdepartementes stossen laut «TA» auf reges Interesse.

*gem/TA*

### An dieser Nummer haben mitgearbeitet:

- Gabriela Künzler, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Bereich Grundlagen der Caritas Schweiz, Luzern
- Gerlind Martin (gem), Freie Journalistin, Bern
- Peter Stadler, Dr. iur., Präsident der Kommission ZUG/Rechtsfragen der SKOS